BfHD Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands e.V.

BfHD Geschäftsstelle
Kasseler Str. 1 a
60486 Frankfurt/Main
Tel.069 – 79 53 49 71
Fax 069 – 79 53 49 72
Email:geschaeftsstelle@bfhd.de
Internet: www.bfhd.de

BfHD e.V. Kasseler Str. 1 a 60486 Frankfurt/M.

Herrn
Hermann Gröhe MdB
Bundesminister für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Frankfurt/Main, 25. Februar 2014

Nachbetrachtung des Gesprächs am 18. Februar 2014

Sehr geehrter Herr Minister,

im Namen des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands e.V. (BfHD) dankt Ihnen die Unterzeichnerin für das offene und in angenehmer Atmosphäre geführte Gespräch mit Ihnen am 18. Februar 2014. Die Hebammenverbände konnten Ihnen verdeutlichen, dass sich die freiberufliche Hebammenarbeit in Deutschland in einer überaus Besorgnis erregenden Lage befindet.

Infolge der exorbitant hohen und weiter steigenden Prämien zur Berufshaftpflicht kann schon jetzt kaum noch eine Hebamme außerklinische Geburten und Beleggeburten in 1:1-Betreuung anbieten. Durch die komplette Aufgabe des Versicherungsgeschäftes im Heilwesen seitens der Nürnberger Versicherung per Juli 2015 brechen zudem die beiden letzten Versicherungskonsortien, die Hebammen noch versichern, zusammen. Für die rd. 1.000 im BfHD organisierten Hebammen bedeutet dies ohne Intervention der Politik definitiv das „Aus“, da die R+V-Versicherung mit einem Anteil von nur 20% keinesfalls den wegfallenden Anteil der Nürnberger Versicherung übernehmen wird. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Deutschen Hebammenverband (DHV), wo die Nürnberger Versicherung ebenfalls Konsortialpartner ist.

Die Folgen des Wegfalls jeglicher Versicherungsmöglichkeit sind gravierend: Da den rund 3.500 freiberuflich tätigen Hebammen die Ausübung ihres Berufes ohne Versicherungsschutz qua Berufsordnung mit gutem Grund untersagt ist, wird nicht nur deren Kernbereich, die qualitativ hochwertige Geburtshilfe, zum Erliegen kommen, sondern auch der gesamte Bereich der Schwangerenvorsorge und der Wochenbettbetreuung.

Bankverbindung: GLS-Bank · Konto-Nr. 6010 433 800 · BLZ 430 609 67 · BIC: GENODEM1GLS · IBAN: DE29430609676010433800

- Sämtliche Geburtshäuser in Deutschland müssen geschlossen werden; es wird keine Möglichkeit der Hausgeburt mehr geben. Bei durchschnittlich 2-3% außerklinischen von allen Geburten sind das mehr als 20.000 Paare, denen das Recht auf die Wahl des Geburtsortes versagt wird.
- Das geschätzte Viertel aller Geburten, das bundesweit in Kliniken unter Leitung freiberuflicher Beleghebammen stattfindet, wird unbetreut bleiben. Das sind fast 150.000 Geburten! Im süddeutschen Raum z.B., wo zu 100% von Beleghebammen betreute Geburtsabteilungen an Kliniken Usus sind, wird es keine flächendeckende Geburtshilfe, ob klinisch oder außerklinisch, mehr geben.
- Die jungen Mütter und Väter von fast 700.000 Neugeborenen pro Jahr werden ohne Wochenbettbetreuung zurechtkommen müssen!

Dies alles ist ein Szenario, das nicht nur für mich in seiner Tragweite unvorstellbar ist. Auch die Reaktionen in der Bevölkerung und das enorme Medienecho zeigen blankes Entsetzen und Unglauben, dass es soweit gekommen ist.

Die Zeit drängt. Schwangere melden sich schon im ersten Drittel der Schwangerschaft bei den Hebammen. Wenn diese Frauen auch nach dem 01.07.2015 ihr Recht auf Hebammenbetreuung und auf Wahl des Geburtsortes ausüben wollen, muss deshalb eine nachhaltige Lösung bis Ende 2014 gefunden werden.

Ihr Konzept der „zwei Geschwindigkeiten" erscheint begründbar. Sie wollen demnach bis zum Sommer zunächst Maßnahmen auf den Weg bringen, die kurzfristig zu einer finanziellen Entlastung der freiberuflichen Hebammen führen. Ohne eine Soforthilfe würde die freiberufliche Geburtshilfe angesichts der schon angekündigten weiteren Prämienerhöhung schon in wenigen Monaten zum Erliegen kommen. In Stuttgart z.B. wird es aus diesem Grund schon ab August 2014 wohl kein Geburtshaus mehr geben.

Leider konnten Sie uns keinerlei Hinweis geben, wie eine derartige ad-hoc-Maßnahme aussehen könnte. Parallel dazu haben Sie den Hebammen-Verbänden zugesagt, mit Hochdruck an Konzepten zu arbeiten, die eine wirksame und dauerhafte Lösung des Gesamtkomplexes „Haftpflicht-Versicherung" zum Ziel haben. Mit Enttäuschung mussten wir jedoch zur Kenntnis nehmen, dass in der interministeriellen Arbeitsgruppe „Versorgung mit Hebammenhilfe", deren Berichtsentwurf mittlerweile vorliegt, jeglicher Lösungsansatz der Hebammenseite von den beteiligten Ministerien nach deren Abwägung von Pro und Contra verworfen wurde. Eigene für gangbar und sinnvoll erachtete Vorschläge brachten die Vertreter der Ministerien jedoch nicht ein. Der Abschlussbericht der interministeriellen Arbeitsgruppe wird Ihnen daher kaum Hinweise geben können, wie die Haftpflichtproblematik einer Lösung zugeführt werden kann.

Nach Ansicht des BfHD muss bei der Lösungssuche folgender Gesichtspunkt Leitgedanke sein:

Für Berufe im Gesundheitswesen, die in hohem Maße risikobehaftet sind und deren Ausübung zugleich im überragenden gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt, sollte es auch gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, sich an den Haftungsrisiken zu beteiligen, so dass eine Berufsausübung nicht unbillig erschwert oder unmöglich wird.

Die Vertreter der Ministerien in besagter Arbeitsgruppe wollten auch diesem Ansatz, jedenfalls isoliert für Hebammen, nicht folgen. Jedoch: In den Niederlanden und in skandinavischen Ländern folgt man schon seit Jahren dieser Maxime. Man braucht aber gar nicht ins Ausland zu gehen: Eine Staatshaftung für Fehler Einzelner ist auch in Deutschland nichts Neues. So kommt bekanntlich für die Contergan-Geschädigten und die Opfer HIV-verseuchter Blutkonserven teilweise der Steuerzahler auf. Allen diesen Modellen ist gemein, dass der Versicherte bis zu einer gewissen Obergrenze individuell den verursachten Schaden trägt, darüber hinaus jedoch der Staat die Haftung übernimmt.

Die Haftpflichtproblematik bedarf einer nachhaltigen und umfassenden Lösung über die Hebammenschaft hinaus, denn freiberufliche Hebammen bilden infolge ihrer nach wie vor skandalös niedrigen Vergütung nur die Spitze des Eisbergs. Auch Ärzte - gerade Gynäkologen - und Krankenhäuser geraten zunehmend in große wirtschaftliche Bedrängnis.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, wie human sie mit Menschen zu Beginn und zum Ende des Lebens umgeht. Zu Letzterem plant Ihr Haus mit der Neuausrichtung der Pflegeversicherung Großes. Sollte nicht ein Bruchteil dieses milliardenschweren Vorhabens auch einem kinder- und familienfreundlichen Start ins Leben zugute kommen?

Eines jedenfalls wollen wir nicht, nämlich - siehe Koalitionsvertrag - weiter „beobachtet“ werden. Darüber sind nun Jahre untätig vergangen. Wir Hebammen und Hunderttausende Menschen im Lande müssen Taten sehen und wollen den ältesten Beruf der Welt gesichert wissen.

In diesem Sinne und mit besten Grüßen

Ihre

Ruth Pinno
Vorsitzende des BfHD